Bonn

Tipp Das Beethoven Orchester tritt mit dem Jugendchor auf (Kreuzkirche, 18.30 Uhr).

Forderung nach Neubau für Nordbrücke

NRW-Verkehrsminister bittet um ein beschleunigtes Verfahren – Vollsperrung des Endenicher Eis verschoben

VON JOHANNA LÜBKE

Die Nordbrücke muss künftig für Lkw und Busse gesperrt werden. Foto: Benjamin Westhoff

Bonn. NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) hat den Bund aufgefordert, die Planungen für einen Ersatzneubau der Nordbrücke deutlich zu beschleunigen. In einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU), das der Redaktion vorliegt, bittet Krischer, „alles Notwendige zu veranlassen, um schnellstmöglich die volle Funktionstüchtigkeit der Brücke wieder zu erlangen und einen Ersatzbau, der sich stärker am Bestand orientiert, zu forcieren“. Der NRW-Verkehrsminister regt deshalb eine Prüfung des § 17 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 Fernstraßengesetz (FStrG) an, der eine Ausnahme vom regulären Planfeststellungsverfahren beim Bau oder Ausbau von Bundesfernstraßen regelt.

Sperrung des Endenicher Eis rückt weiter nach hinten

Das Schreiben des NRW-Verkehrsministers wurde am 12. Dezember, anderthalb Wochen vor der vorzeitigen Wiedereröffnung der A45-Talbrücke Rahmede, verschickt: An diesem Montag wurde das erste Teilbauwerk der Talbrücke nach nur 26 Monaten Bauzeit wieder freigegeben – das Fernstraßen-Bundesamt hatte vor zwei Jahren den Bescheid für das Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung erteilt. Die Brücke bei Lüdenscheid wurde Anfang Dezember 2021 nach der Feststellung von Verformungen kurzfristig voll gesperrt; schnell war klar, dass nur ein vollständiger Ersatzneubau infrage kommt.

Nach Auffassung der Landesregierung ist ein verkürztes Verfahren auch für die Nordbrücke der richtige Weg, um Zeitverzögerungen zu verhindern. Sie sei eine „wichtige West-Ost-Verbindung für den südlichen Köln/Bonner Raum“, so Krischer in dem Schreiben.

Zusätzlich regt Krischer an, entlang der Brücke einen sogenannten Silhouetten-Blitzer zu installieren, der mithilfe von Lasertechnologie Größe und Gewicht von Fahrzeugen erfassen kann, um die Einhaltung der ab Mitte Januar geltenden Gewichtsbeschränkungen zu kontrollieren. Mit dieser Technik habe man an der ebenfalls für schwere Lkw gesperrten Kardinal-Frings-Brücke zwischen Düsseldorf und Neuss gute Erfahrungen gemacht. Er bittet den Bundesverkehrsminister zudem, „dafür Sorge zu tragen, dass die Autobahn GmbH des Bundes ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, um die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zügig durchführen zu können“.Mitte Dezember hatte die Autobahn GmbH mitgeteilt, die Nordbrücke müsse für den Schwerlastverkehr gesperrt werden, um die Standsicherheit zu gewährleisten. Der Brückenteil „verfügt infolge jahrzehntelanger, intensiver Beanspruchung nicht mehr über ausreichende Tragreserven für den Schwerlastverkehr“, heißt es.

Voraussichtlich ab Mitte Januar soll die Sperrung für Lastwagen mit einem Gewicht von mehr als 7,5 Tonnen und Busse gelten. Ein konkreter Termin steht derweil noch nicht fest. „Zum jetzigen Zeitpunkt können wir keinen konkreten Termin nennen, an dem die Sperrung in Kraft tritt“, sagt Sabrina Kieback, Sprecherin der Autobahn GmbH. Es liefen noch „Feinabstimmungen“ dazu – zudem werde diese Sperrung mit der Vollsperrung des Endenicher Eis koordiniert.

Diese hatte die Autobahn GmbH im September voraussichtlich für den Zeitraum vom 3. bis 10./11. Januar angekündigt, was nun aber weiter nach hinten verschoben wird. „Die nächste Vollsperrung des Endenicher Eis ist nach aktuellem Planungsstand für Januar/Februar 2026 vorgesehen“, so Kieback.

Voraussichtlich in der zweiten Januarhälfte werde es am Endenicher Ei in Fahrtrichtung Köln zu einer mehrtägigen Vollsperrung kommen und ab Ende Januar in Fahrtrichtung Meckenheim.

Die genauen Zeiträume sowie weitere Informationen, auch zu möglichen Ausweichrouten, sollen Anfang Januar bekannt gegeben werden.

Millionen-Projekt scheint endgültig gescheitert

Montag Stiftungen haben sich aus Vorhaben „Amerikanischer Club“ zurückgezogen

VON AYLA JACOB

Einst wurde im Amerikanischen Club gefeiert, heute ist er heruntergekommen. Das Foto zeigt das Gebäude im Jahr 2024. Fotos: Montag-Stiftungen

Bonn. Es war im Juli, als Bad Godesberg die Hiobsbotschaft ereilte: Der ehemalige Amerikanische Club wird erst einmal nicht saniert, das Millionen-Projekt ist geplatzt. Denn die Montag Stiftungen, die das heruntergekommene Gebäude an der Martin-Luther-King-Straße zur „Open Embassy for Democracy“ entwickeln wollten, zogen sich aus dem Vorhaben zurück, das 2021 so verheißungsvoll begann.

Der Grund: Drei Jahre lang habe man mit der Vebofutur – einer Tochtergesellschaft der Vebowag und Eigentümerin des Gebäudes samt Grundstück – verhandelt, sich aber schließlich nicht einigen können, sagte Bernd Bach, Vorsitzender der Carl Richard Montag Förderstiftung bei einem Ortstermin Anfang Juli. Der Kaufpreis für das denkmalgeschützte Ensemble, das aktuell per Erbpachtvertrag an die Bonn International School verpachtet ist, sei einfach zu hoch gewesen – obwohl man bereits mehr als eine Million Euro in Planung und Vorbereitung investiert hatte.

Zwischenzeitlich sah es so aus, als würde es noch eine Lösung geben. Montag Stiftungen und Stadt Bonn signalisierten Gesprächsbereitschaft, genau wie die Vebofutur in Person von Vebowag-Vorstand Michael Kleine-Hartlage. Nun aber scheint der Hoffnungsschimmer zu schwinden.

Eigentlich gebe es keine Neuigkeiten, sagte Kleine-Hartlage. „Wir haben immer gesagt, dass wir, die Vebofutur, grundsätzlich bereit sind, das Grundstück aus der Erbbaurechtskonstruktion herauszulösen und zu verkaufen.“ Dabei aber dürfe es keinen Schaden zulasten der Vebofutur geben. Heißt: Unter Wert werde das Areal nicht veräußert. „Wir stehen bereit, die weit fortgeschrittenen Vertragsverhandlungen wieder aufzunehmen.“

Lösung ist von gesamtstädtischem Interesse

Der Amerikanische Club sei von gesamtstädtischem Interesse „und die Stadtverwaltung arbeitet weiterhin mit Nachdruck daran, eine Lösung für seine Zukunft zu ermöglichen“, teilt das städtische Presseamt auf GA-Anfrage mit. Es fänden weiterhin Gespräche statt, die Verwaltung bitte aber um Verständnis dafür, „dass sie aufgrund der laufenden vertraulichen Verhandlungen derzeit keine weiteren Auskünfte erteilten kann“. Als nächstes sei ein weiteres Treffen zwischen Vebowag und Stadt geplant.

Bei den Montag Stiftungen klingt das nicht ganz so positiv. Der Rat habe die Verwaltung am 8. September einstimmig aufgefordert, „sich mit Nachdruck für das Gelingen des Projekts einzusetzen und die Veräußerung des Amerikanischen Clubs durch die Vebofutur an die Montag Stiftungen konstruktiv zu moderieren, nach möglichen Lösungen zu suchen und verwaltungsseitig weiterhin mit Nachdruck zum Gelingen dieses Projektes von besonderem gesamtstädtischen Interesse tätig zu werden“, so Sprecherin Sabine Milowan. Dazu aber liege bisher noch kein Ergebnis vor. Durch die Kommunalwahl und den Wechsel an der Stadtspitze „haben sich Verantwortlichkeiten verändert, was sicher auch Verzögerungen im Prozess nach sich gezogen hat“.

Wert soll erneut ermittelt werden

Zwar habe es nach der Wahl ein Abstimmungsgespräch mit der Verwaltung gegeben, das Liegenschaftsamt sollte demnach noch einmal den Wert des Grundstücks ermitteln. Wann das entsprechende Gutachten vorliege, „wissen wir nicht“. Ob man noch einmal zusammenfindet, scheint – gelinde gesagt – fraglich. Man habe sich im Juli zurückgezogen, Stadt und Vebofutur hätten daraufhin betont, bis zum Jahresende 2025 eine Lösung zu erarbeiten. „Diese Frist haben wir auch an unsere Kooperationspartner, die Architektur- und Landschaftsarchitekturbüros, den interessierten Gastronomen und andere Dienstleistende kommuniziert, die sich mit ihrer Planung darauf eingestellt haben“, führt Milowan aus. Noch gebe es aber von der Stadtverwaltung kein konkretes Signal beziehungsweise Angebot. Was für sich spreche. „Wir sehen keine große Chance mehr, das Projekt noch zu verwirklichen.“

Schulsekretärin bediente sich am Schulkonto

62-jährige Frau verurteilt zu einem Jahr und neun Monaten Haft

VON ULRIKE SCHÖDEL

Bonn. Die Frau auf der Anklagebank war untröstlich: Die einstige Sekretärin einer Bonner Schule war selber fassungslos über das, was sie getan hatte. Anderthalb Jahre lang hatte die 62-Jährige in die Schulkasse gegriffen und sich regelmäßig bereichert. Insgesamt hatte sie, zwischen Januar 2022 und August 2023, vom Konto der Schule rund 32.000 Euro für sich selbst abgezweigt. Wegen gewerbsmäßiger Untreue in 113 Fällen musste sie sich erst zwei Jahre später vor einem Bonner Schöffengericht verantworten.

Ohne viel zu rechtfertigen, gestand die Angeklagte: „Ich kann bestätigen, dass ich das war.“ Und sie erklärte weiter: „Ich weiß nicht, wie ich da reingerutscht bin.“ Warum sie das Vertrauen, das man ihr entgegengebracht hatte, missbraucht hatte, konnte sie sich selbst nicht erklären: „Es ist mir unbegreiflich.“ Die Schulsekretärin war viele Jahre für das zweite Schulkonto zuständig gewesen, auf dem Geld des Landes NRW, der Stadt Bonn oder auch von Eltern und Förderern eingegangen war, mit dem schulbezogene Leistungen unterstützt wurden.

Mit der ihr anvertrauten Debitkarte des Kontos hatte die Frau verschiedene Bankfilialen in der Region aufgesucht: So zog sie laut Urteil an Geldautomaten, unter anderem in Plittersdorf, Oberpleis und Bad Honnef, Beträge zwischen 100 und 1000 Euro. Insgesamt hatte sie die Karte 113 Mal eingesetzt. Der Ausflug ins Kriminelle schien so einfach, so hieß es später im Urteil, und so verführerisch. Der betrügerische Erfolg habe schließlich zu einer bedenkenlosen Serie geführt.

Aufgefallen war die Geschichte im Sommer 2023: Die Schulsekretärin war erkrankt und fiel über mehrere Wochen aus. In dieser Zeit übernahm die Schulleiterin persönlich die finanzielle Betreuung des Kontos und stellte dabei die Unregelmäßigkeiten im Bestand fest. Die Angeklagte geriet als offizielle Kontoverwalterin sofort unter Verdacht und hatte den schwerwiegenden Vorwurf damals auch gleich eingeräumt; 2000 Euro von dem Gesamtschaden hatte sie bereits vor zwei Jahren zurückgezahlt. Ihr Job war damit erledigt: Der Anstellungsvertrag wurde fristlos gekündigt.

Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte schließlich zu einem Jahr und neun Monaten Haft. Die Vollstreckung der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Für die Ersttäterin, die auch noch ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte, ließ das Gericht Milde walten. Auch die Staatsanwältin hatte zuvor eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren Haft gefordert.

Allerdings wird die Angeklagte ihr Fehlverhalten noch lange verfolgen: Abgesehen von der Scham über ihre eigene Tat, muss sie das erbeutete Geld an die Schulkasse zurückzahlen: Insgesamt sind es laut Urteil noch genau 29.978,02 Euro.

Plittersdorfer Straße gesperrt

Bonn. Wegen einer Gebäudesanierung wird die Plittersdorfer Straße in Bad Godesberg zwischen Sibyllenstraße und Steinstraße ab 1. Januar bis voraussichtlich 16. Januar gesperrt. Laut SWB ist die Buslinie 611 Richtung Lessenich Sportplatz betroffen. Die Haltestelle Steinhaus wird nicht angefahren. Ersatzhaltestellen auf der gegenüberliegenden Straßenseite in Fahrtrichtung „Heiderhof“ und auf der Sibyllenstraße in Höhe Hausnummer 4. (mji)